

Politischer Widerstand in der Sozialen Arbeit in Zeiten des Neoliberalismus Sozialen Arbeit

Emden Juni 2014

Mechthild Seithe:

1 Widerstand tut Not

Es gibt heute in der Sozialen Arbeit mehr als genug Anlass und Notwendigkeit zum Widerstand.

Wer heute als Sozialarbeitender in der Praxis tätig ist, wird zwangsläufig mit einer veränderten Sozialen Arbeit konfrontiert, die sich auf einem „Sozialen Markt“ verkaufen und rechnen muss. Das hat gravierende Folgen für die zeitlichen und finanziellen Ressourcen und bedeutet, dass Ziele und Strukturen der Sozialen Arbeit nun mehr von außen gesteuert werden.

Als Teil der Sozialpolitik des Aktivierenden Staates ist sie zudem gezwungen, ein Menschenbild bedienen, das sich von den humanistischen Grundlagen der „alten“ Sozialen Arbeit deutlich entfernt hat.

Es geht also für die Disziplin und die Profession Soziale Arbeit darum, eine Besatzungsmacht los zu werden, und auf dem Weg dahin deren Interessen zu entlarven und ihre fachliche Dysfunktionalität aufzuzeigen.

Und wohlbemerkt: Wir haben es heute nicht mehr nur mit einer Gefahr der Neoliberalisierung und Ökonomisierung unserer Profession zu tun, sondern müssen von der Tatsache ausgehen, dass diese seit einiger Zeit bereits fast flächendeckend besteht.

Eigentlich wäre massenhaft Empörung angesagt. Aber die Situation wird verharmlost. Niemand will genau hinsehen, was eigentlich mit unserer Profession geschehen ist in den letzten 20 Jahren. Niemand stellt die Frage, warum es zu dieser Entwicklung kam. Stattdessen empfinden die meisten Menschen und auch die meisten unserer KollegInnen die Situation als normal, als gegeben und eben nicht zu ändern.

Das Problem ist, dass viele Akteure die neue Soziale Arbeit als alternativlos sehen und auch in PraktikerInnen wie die WissenschaftlerInnen die neoliberalen Strukturen für normal, selbstverständlich, um nicht zu sagen „natürlich“ halten.

2 Zielperspektiven einer sich als politisch verstehenden Sozialen Arbeit

Wenn es angesichts dieser Lage um möglichen politischen Widerstand in der Profession gehen soll, dann möchte ich zuerst der Frage nachgehen:

Welche konkreten Veränderungsziele müssten aus Sicht einer sich politisch verstehende Soziale Arbeit angestrebt werden?

Bei den konkreten Veränderungszielen, die wir erkämpfen wollen, kann es um unmittelbar anzustrebende Ziele gehen oder auch um langfristige, grundlegende Ziele. Wichtig ist, dass alle Ziele zusammenpassen und somit auch die kurzfristigen mit den langfristigen kompatibel sind.

2.1 Die Ziele auf der Tagesordnung

Schaut man auf die **aktuellen Ziele**, so geht es erst einmal darum,

- gute Arbeit machen zu können. Da geht es vor allem um die ausreichende Ausstattung und personelle Besetzung der Einrichtungen und Fachstellen.
- Des Weiteren geht es um die Beendigung der prekären Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit.
Zu fordern wäre z.B. ein allgemein gültiger und verbindlicher und angemessener Tarifvertrag für Sozialarbeitende, gleich bei welchem Träger und in welchen Aufgabenbereichen sie tätig sind.
- Des Weiteren braucht die Soziale Arbeit eine ausreichende Refinanzierung der geleisteten Arbeit und die Abschaffung gedeckelter Budgets.
- Ein ganz und gar wichtiges Ziel ist auch die Rückgewinnung der Autonomie sozialarbeiterischen Fachlichkeit und das Ausschalten der Übergriffigkeit der Verwaltung und Politik auf die Kerninhalte unserer Profession.
- Zu fordern wäre in diesem Kontext auch die Schaffung einer neutralen Instanz für die Profession Soziale Arbeit, eine Art Sozialarbeiterkammer, die z.B. die Kontrolle der freien Träger hinsichtlich ihrer Bezahlung und Behandlung ihrer MitarbeiterInnen, die Kontrolle der gewinnorientierten Träger hinsichtlich der Gewährleistung fachlicher, sozialpädagogischer Arbeitsqualität – aber schließlich auch die fachliche Kontrolle der öffentlichen Sozialen Arbeit übernehmen sollte.

Die Notlage der Stunde erfordert, dass möglichst zeitnah möglichst viele dieser Forderungen durchgesetzt werden. Sonst kann die Soziale Arbeit gegenwärtig nicht davor bewahrt werden, in weiten Teilen ihrer Arbeitsbereiche schlicht und einfach zusammenzubrechen oder im Sinne einer völlig umgekrempelten Sozialen Arbeit weiter machen zu müssen.

Diese kurz- und mittelfristig zu erkämpfenden Ziele sind aber nur dann sinnvoll, wenn sie sich mit den grundsätzlichen, langfristigen Zielen im Einklang befinden. Die grundlegenden Ziele müssen deshalb immer im Auge behalten und sehr wohl auch im Rahmen der Kämpfe um Tagesforderungen in die Argumentation eingebracht werden.

2.2 Grundlegende Ziele

Bei den grundlegenden, längerfristig anzustrebenden Zielen geht es um mehr, nämlich:

- um eine **Zurückweisung der Neuen Steuerung und der Ökonomisierung, die Soziales und eben auch Soziale Arbeit als Marktgeschehen auffasst**, Gewinnorientierung zulässt, Konkurrenz als Mittel zur Dämpfung der Kosten einsetzt. Soziales ist keine Ware. Es ist ein grundsätzlicher Fehler, den Bereichen Bildung, Soziale Arbeit, Gesundheit den Status als Nonprofitbereiche der Gesellschaft abzusprechen.

- Zum Zweiten muss das Menschenbild der neoliberalen Sozialpolitik zurückgewiesen werden, dass es z.B. zulässt, dass Menschen unterschiedliche Wertigkeiten zugewiesen wird, dass Menschen nur noch von ihrem möglichen Nutzen her gesehen werden, dass Menschen entwürdigt, verspottet und ausgegrenzt werden.
- Schließlich ist es ein grundsätzliches Ziel, die Tendenz in der Sozialen Arbeit, und zwar sowohl in der Disziplin wie in der praktizierten Sozialen Arbeit zu stoppen, alle Problemlagen auf den einzelnen Menschen zurückzuführen und ihn für seine Lage alleine verantwortlich zu machen. Es ist vielmehr unser Ziel, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik ihre Verantwortung für die Lage der Menschen klar zu machen und entsprechende Konsequenzen zu fordern.

3 Die verschiedenen politischen Strategien kritischer und Widerstand leistender VertreterInnen der Sozialen Arbeit

Wenn man sich in der Landschaft der politischen Bewegungen der Sozialen Arbeit umsieht, begegnet man sehr unterschiedlichen Auffassungen davon, worum es gehen soll und wie das erreicht werden könnte.

3.1 Radikal utopische Strategie

Es gibt zum einen die Haltung, Soziale Arbeit ausschließlich und unvermeidbar als Anpassungsinstrument der Menschen gegenüber dem bestehenden gesellschaftlichen System zu sehen. Wenn aber Soziale Arbeit nicht selbst politisch wirken und so das System bekämpfen kann, ist sie aus Sicht dieser Protagonisten inakzeptabel und überflüssig. Ihre Aufgabe, Menschen zu unterstützen und Hilfe zu leisten, wird als hinreichende Legitimation abgelehnt, weil das das System nur weiter stützt. Hier bedeutet politische Soziale Arbeit sozusagen ihre Auflösung als Praxis, weil es keinen Weg gibt, aus der neoliberalen Falle herauszukommen. Das läuft dann auf eine Ablehnung jeder praktischen Sozialen Arbeit innerhalb der gegebenen politischen Verhältnisse hinaus.

Anmerkung:

Diese Position halte ich persönlich für latent menschenfeindlich, weil sie sich nicht allein dem System sondern auch den Menschen verweigert. Die Entlarvung der Sozialen Arbeit als systemstützend schließt m. E. aber nicht aus, dass es dennoch sinnvoll ist, Soziale Arbeit zu leisten: zum einen weil die Hilfebedürftigkeit bei vielen Menschen besteht und es schon aus humanistischen Gründen nicht geht, Menschen in Not eine Unterstützung zu verweigern. Zum zweiten, weil Soziale Arbeit auch heute, selbst unter den neoliberalen Bedingungen eines entfesselten Kapitalismus dennoch etwas tun kann, um die Vermarktlichung und Neoliberalisierung zu entlarven und ihr Zurückdrängen im Sozialbereich und darüber hinaus einzufordern.

3.2 Kritische Soziale Arbeit

Kritische Soziale Arbeit ist eigentlich nichts anderes als die generelle erkenntnistheoretische Grundhaltung aller Wissenschaft: nichts zu glauben, alles zu hinterfragen. Das Hinterfragen der gesellschaftlichen Bedingungen ist dabei ein Infragestellen gegenwärtiger Verhältnisse. Hier bietet die kritische Soziale Arbeit Analysen an als Grundlagen für eine politische

Stellungnahme zur gegenwärtigen Lage. Als kritische Soziale Arbeit aber muss sie ebenfalls ihre eigene Analyse hinterfragen. Kritische Soziale Arbeit allein kann somit keine Handlungsorientierung geben, kann nicht politische Stellung beziehen, ist in ihrer kritischen Haltung gefangen. Und an dieser Stelle ziehen sich ihre Protagonisten leider oft und schnell von der politischen Bühne wieder zurück, weil sie nicht in Aktionismus verfallen oder als Wissenschaft angezweifelt möchten.

Anmerkung: Dass Wissenschaft eine politische Verantwortung hat innerhalb der Gesellschaft, dass sie dafür mitverantwortlich ist, was mit ihren Ergebnissen geschieht und dafür, welche Fragen sie zu beantworten versucht und welche sie außen vor lässt, das ist nicht nur in den Gesellschaftswissenschaften eigentlich eine Binsenweisheit. Es geht darum, aufgrund der kritischen Analysen zur real existierenden Sozialen Arbeit Stellung zu beziehen. Um aber diesen Schulterschluss mit einer kritischen Praxis hinzubekommen, müsste sie allerdings auch ihre Analysen verständlicher vermitteln und die Praxis und ihre Arbeitsbedingungen selbst als Thema ihrer Wissenschaft ins Auge fassen.

3.3 Die Veränderer der gegenwärtigen Sozialen Arbeit

Andere sich als politisch verstehende Vertreterinnen der Sozialen Arbeit möchten vor allem eins, die Lage der Profession verändern.

Diese Position kann im Rahmen von drei unterschiedliche Strategien verfolgt werden:

3.3.1 Die Reformwilligen:

Die auf Reformen bedachten KollegInnen bemühen sich um eine aktuelle Verbesserung der Lage in ganz konkreten Punkten. Um diese Reformen sind sie durchaus bereit zu kämpfen. Aber sie denken, dass das reicht. Sie sind mit Reformen und quantitativen Veränderungen zufrieden. Die Ziele, die hier verfolgt werden, sind in der Regel nicht mit weiterführenden Zielen und Forderungen grundsätzlicher Art verbunden.

Anmerkung:

Trotzdem ist die Zusammenarbeit mit solchen Menschen wichtig, da sie in dieser Auseinandersetzung möglicher Weise begreifen können, dass es um viel mehr geht.

3.3.2 Die radikalen Demokraten

Die hier so genannten radikalen Demokraten geben sich nicht etwa mit Reformen zufriedengeben, sie vertreten vielmehr eine radikaldemokratische Position.

Diesen VertreterInnen der Profession geht es nicht nur um konkrete isolierte Aspekte und kurzfristige Forderungen, sondern auch darum, dass die endgültige Durchsetzung einer neoliberalisierten Sozialen Arbeit gestoppt und verhindert wird. Hier besteht tatsächlich auch ein politisches Selbstverständnis. Man ist bemüht um eine Soziale Arbeit, die fachlich und ethisch verankert und die nicht neoliberal gewendet ist, die den Menschen wirklich dient und helfen kann, die sich nicht auf ihre Anpassungsfunktion beschränkt, sondern sehr wohl auch einen politischen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft und zumindest eine entsprechende deutliche Gesellschaftskritik leistet.

Die radikalen Demokraten gehen den Weg von Verhandlungen und Forderungen und sie sind durchaus auch zu Auseinandersetzungen bereit, sei es im alltäglichen Berufsleben oder bei

den Budgetverhandlungen, bei Tarifverhandlungen oder in öffentlichen Diskussionen mit Trägern, Jugendämtern, Jugendhilfeausschüssen oder Parlamenten.

Sie glauben, dem bestehenden System wirklich eine humanistisch orientierte Soziale Arbeit abringen zu können. Sie berufen sich dabei auf das Grundgesetz und die Menschenrechte.

Anmerkung:

Es bleibt die Frage, wie weit diese radikalen Demokraten wirklich auf eine grundsätzliche Werte- und Interessengleichheit innerhalb unserer Gesellschaft bauen können. So wird ja nach jüngeren Kommentaren selbst der Artikel §1 des Grundgesetzes nicht mehr als über dem positiven Recht stehen akzeptiert sondern als reines Wunschenken, dass aber von den harte, z.B. wirtschaftlichen Realitäten auch infrage gestellt werden kann.

Schon Simmel

3.3.3 Die systemkritischen Realisten:

Auch diese Vertreterinnen sich politisch verstehender Sozialer Arbeit setzen sich dafür ein, dass der gegenwärtige Staat die grundgesetzlichen Bedingungen wieder herstellt und seine Vorstellungen vom Sozialen als Markt der Waren revidiert. Sie unterstützen wie die radikalen Demokraten Tagesforderungen der Profession, verbinden diese aber immer mit den grundlegenden Zielsetzungen. Allerdings zweifeln sie an der Bereitschaft der Herrschenden, das neoliberale System ihrer Herrschaft wieder aufzugeben. Denn die Forderungen nach Humanismus und Menschenwürde in der Gesellschaft und der Sozialen Arbeit rühren an die Existenzbedingungen des bestehenden Systems.

In der Auseinandersetzung um ethische und fachliche Fragen sind sie bereit, Konflikte nicht zu scheuen. Miteinander Reden und Verhandeln ist gut, wenn es wirkt. Aber es darf nicht dazu führen, die bestehenden Konflikte und Interessengegensätze zu verschleiern und zu verharmlosen.

Sie gehen trotzdem davon aus, dass eine wirkliche Lösung der Problematik innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht zu erwarten ist. Warum dann aber der Kampf? Das Aufgeben dieser grundlegenden Ziele wäre aus ihrer Sicht der Anfang einer selbstvernichtenden zur Resignation. Auch wenn man davon ausgehen muss, dass eine grundlegende Änderung in den nächsten 10 oder 20 Jahren nicht in Sicht ist, kann man deswegen nicht einfach diese Ziele aufgeben. Außerdem wäre es nicht schlecht, wenn den KollegInnen die Unmöglichkeit offenbar wird, unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen grundsätzlich und vorbehaltlos Soziale Arbeit wieder für die Menschen machen zu können. Das wäre – mit Verlaub gesagt - die Vorstufe dazu, dass sie erkennen, dass sie im falschen System gefangen sind.

4 Wer hat die erforderliche Interessenlage für eine Veränderung?

Aber bevor man überlegen kann, was nun zu tun wäre, sollte man sich die Frage stellen: Wer will denn überhaupt eine Veränderung?

Für eine andere Soziale Arbeit – egal ob für kurzfristige Ziele oder für grundlegende, egal ob für konkrete Reformen oder grundsätzliche Kursänderungen - wird sich nur der einsetzen, dessen Interessenlage für dieses Ziel spricht.

Wer aber von der gegenwärtigen Situation profitiert oder sich erhofft, dass er in irgendeiner Form davon profitieren könnte, der wird kein Interesse an einer Veränderung in Richtung einer wieder professionellen, humanistisch orientierten Sozialen Arbeit haben.

- Das kann auf WissenschaftlerInnen zutreffen, die sich in der neoliberalen Ideologiemengelage wohlfühlen und Anerkennung bekommen.
- Das trifft auf die mittlere Leitungsebene, die neuen Gewinner der Sozialen Arbeit, also die Manager, die GeschäftsführerInnen zu.
- Das trifft zu auf Wohlfahrtsverbände, die sich längst mit ihrem neuen Status als Unternehmen und Großbetriebe arrangiert haben und
- auf große und kleine Träger, die auch für sich in der Marktsituation Vorteile und Gewinnaussichten erhoffen.
- Das kann auch auf Studierende zutreffen, die froh sind, dass ihnen eine berufliche Zukunft winkt, die ihnen Sicherheit und keinerlei moralische Kopfschmerzen bringen wird.
- Und es trifft ebenso auf viele PraktikerInnen zu:
 - Und hier geht es dabei nicht in erster Linie um Geld, aber oft z.B. um das Gefühl, anerkannt zu werden, gebraucht zu werden, oder um den Wunsch nach Absicherung und mehr struktureller Sicherheit.
 - Es gibt dabei sicherlich auch den Wunsch, diese ganze Parteilichkeit und Belastung, die eine geforderte empathische Grundhaltung mit sich bringt, loszuwerden und hinter sich zu lassen, die lästige Beziehungsarbeit endlich ohne schlechtes Gewissen aufgeben zu können, Hausbesuche nicht mehr durchführen zu müssen und vor allem bei „Misserfolgen“ einfach den Klienten die Schuld zuschieben zu können...

All diese Akteure haben kein Interesse daran, die gängige Praxis infrage zu stellen oder gar zu bekämpfen.

Wer also hat Interesse an einer Veränderung? Der, der sich von so einer Veränderung für sich etwas erhofft, das ihm wert und wichtig ist:

- die Möglichkeit, parteilich zu sein und eben nicht dazu beitragen zu müssen, Menschen auszugrenzen und abzuwerten,
- die Möglichkeit, in der Arbeit wieder selbst denken zu dürfen, die eigene Fachlichkeit anwenden zu dürfen und sich selber weiterzuentwickeln,
- die Möglichkeit eine Soziale Arbeit zu machen, bei der Erfolge sichtbar sind und zwar als sozialpädagogische Erfolge,
- die Möglichkeit einen vielleicht auch nur kleinen Beitrag leisten zu können zur Verbesserung von Lebenslagen und zur Linderung von Notsituation und damit den Menschen wirklich zu nützen.
- die Möglichkeit mit den so gewonnenen Kenntnissen über die sozialpolitische Lage Argumente zu haben für eine politische Einmischung in die Gesellschaft.
- die Möglichkeit sein Geld als SozialarbeiterIn zu verdienen ohne ein schlechtes Gewissen haben zu müssen.

Ich behaupte nicht, dass die Gruppe der PraktikerInnen sozusagen die geborenen KämpferInnen sind für eine wieder neu zu entwickelnde fachliche und parteiliche Soziale Arbeit. Allerdings haben sie vielleicht am wenigsten zu verlieren bzw. am wenigsten am neuen System zu gewinnen.

Auf jeden Fall wäre eine politische Sozialarbeiterbewegung, die auch und vor allem die PraktikerInnen erfasst, von großer Bedeutung für die Profession. Und sie wäre vor allem auch ein Einstieg in eine neue, wiedergewonnene Wertschätzung der PraktikerInnen, ihrer Kompetenzen und ihrer professionellen Verantwortung. Und es gibt ja auch durchaus Ansätze von kritischen, wehrhaften KollegInnen im Feld.

Deshalb halte ich den Versuch, die Basis der Sozialen Arbeit von jeder politischen Aktion und von einer Politisierung möglichst fernzuhalten nach dem Motto: ‚Macht ihr mal eure Arbeit, da könnt ihr nicht auch noch Politik machen‘ für völlig falsch und für entpolitisierend. Diese Haltung gleicht im Übrigen der Haltung, die die gegenwärtige Politik und auch die Medien und die Öffentlichkeit gegenüber den praktizierenden SozialarbeiterInnen einnehmen.

5 Es gibt viele mögliche politisch widerständige Handlungsebenen – auch für PraktikerInnen.

Die Frage wäre also: Wie könnte man die Apathie, die Angst, die Ohnmacht der PraktikerInnen durchbrechen? Was können vor allem als PraktikerInnen dafür tun, dass sich innerhalb der Praxis der Sozialen Arbeit Widerstand regt und sich nicht die Prozesse der Anpassung wiederholen?

Natürlich gibt es sehr unterschiedliche Ebenen und Wege, politisch zu handeln, das gilt genauso für die Sozialarbeitenden in der Praxis. Natürlich kann ein Sozialarbeiter, der täglich 8 bis 10 Stunden harte Arbeit in der ambulanten Psychiatrie, im ASD, in der Familienhilfe oder der mobilen Jugendarbeit macht, nicht gleichzeitig ehrenamtliche BürgermeisterIn werden oder im Wahlkampf freisen unternehmen. Aber sie kann auch in ihrem Berufsalltag politisch handeln, sie kann sich in ihrer Freizeit politisch engagieren und auch organisieren

5.1 Politische Arbeit jenseits des eigene Arbeitsplatzes

- Da sind zum einen die Möglichkeiten, **durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung** zu betreiben,
 - zum einen über die Lebenslage unserer Klientel,
 - zum anderen über die Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit selbst.

Man kann Leserbriefe schreiben, selbstverständlich so abgefasst, dass man weder ein Dienstgeheimnis verrät noch als Person erkennbar ist.

Man kann Demonstrationen, Mahnwachen, Sit-Ins und andere öffentlichkeitswirksame Protestformen versuchen.

Man kann mit anderen Menschen über diese Themen reden, sie informieren. Der Phantasie ist da keine Grenze gesetzt.

Und Öffentlichkeitsarbeit muss ja nicht gleich ein Zeitschriftenartikel sein. Ein kleiner Flashmob vor dem Rathaus kann u.U. viel sehr wirksamer sein.

- Man kann sich **einmischen in den öffentlichen Diskurs zu allen sozialpolitischen Fragen.**

Fast täglich passiert in unseren Kommunen und unseren Bundesländern etwas, was dringend der Stellungnahme unserer Profession bedarf.

Wir sind die Experten für das Soziale und wir sind parteilich für die Menschen, die diese Gesellschaft meint verachten zu können. Wir sollten dies deutlich machen, indem wir zu Vorgängen, Beschlüssen, Entscheidungen, Vorfällen etc. nicht schweigen sondern laut und deutlich sagen, was davon aus unserer Sicht zu halten ist.

Ob dies im Rahmen eines Fachartikel oder z.B. eines Interviews im Radio geschieht, oder – was für die meisten das ist, was sie wirklich im Alltag leisten können- im Gespräch am Mittagstisch in der Kantine, in der Teamsitzung, in Diskussionen mit anderen Menschen, das ist dabei nicht wirklich wichtig.

Wichtig ist, dass wir aufhören uns und unsere Meinung zu verstecken, für uns zu behalten oder gleichgültig zu werden gegenüber den Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft und den Schicksalen sozial benachteiligter Menschen.

- Eine wichtige und **grundsätzliche Voraussetzung** ist, dass dieser Widerstand nicht der Widerstand Einzelner bleibt. Organisation und Solidarität sind Voraussetzungen für eine gelingende Gegenwehr.

Wir müssen uns BündnispartnerInnen unter den eigenen KollegInnen suchen, kritische Gruppen auf Trägerebene gründen aber ebenso uns kritischen Gruppen über Träger und Arbeitsfeld hinaus anschließen.

Wir können uns gewerkschaftlich oder im Berufsverband organisieren. Das gibt uns Sicherheit, Schutz, Stärke durch Solidarität und macht ganz nebenbei viel Spaß.

Aber dies sind nicht die einzigen Widerstandsmöglichkeiten.

5.2 Der direkte Widerstand am Arbeitsplatz

Die Umstülpung der Sozialen Arbeit zu einem Marktgeschehen macht aus der Sozialen Arbeit eine Dienstleistung, die die Aufgaben für ihre Klientel nur noch schlecht oder gar nicht mehr erfüllen kann.

Haushaltspläne und Budgets können heute die subjektiven Ansprüche auf Hilfe einfach kanzeln und fachliche Begründungen und Entscheidungen infrage stellen. Für die heutige Politik sind nicht die Kinder und Jugendlichen der Dreh und Angelpunkt der KJH, sondern einfach nur die kommunale Verwaltung.

Der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, für die Anerkennung der fachlichen Autonomie der Sozialen Arbeit und für Beziehungsarbeit oder auch die Einbeziehung der gesellschaftlichen Hintergründe in die Arbeit sind deshalb nicht nur Forderungen im eigenen professionellen Interesse. Sie sind gleichzeitig auch ein Kampf dafür, dass unsere Klientel die Unterstützung bekommen kann, die sie braucht und die ihr z.T. sogar per Gesetz zusteht. Es ist heute schon ein politischer Widerstandsakt, für eine fachlich gute, nicht neosoziale Soziale Arbeit einzustehen.

Die Umstülpung der Sozialen Arbeit zu einem Marktgeschehen, macht aus ihr eine Dienstleistung, die die Aufgaben für ihre Klientel nur noch schlecht oder gar nicht erfüllen kann.

Haushaltspläne und Budgets können heute die subjektiven Ansprüche auf Hilfe einfach kanzeln und fachliche Begründungen und Entscheidungen infrage stellen.

Für die heutige Politik sind nicht die Kinder und Jugendlichen der Dreh und Angelpunkt der KJH, sondern einfach nur die kommunale Verwaltung.

Der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, für die Anerkennung der fachlichen Autonomie der Sozialen Arbeit und für Beziehungsarbeit oder auch die Einbeziehung der gesellschaftlichen Hintergründe in die Arbeit sind deshalb nicht nur Forderungen im eigenen professionellen Interesse. Sie sind gleichzeitig auch ein Kampf dafür, dass unsere Klientel die Unterstützung bekommen kann, die sie braucht und die ihr z.T. sogar per Gesetz zusteht.

Es ist deshalb heute schon ein politischer Widerstandsakt, für eine fachlich gute, parteiliche, nicht neosoziale Soziale Arbeit einzustehen.

Wenn die dort alltäglichen Konfrontationen und Herausforderungen am direkten Arbeitsplatz nicht bewältigt werden und Ohnmachtsgefühle vorherrschen, ist es – um der eigenen Selbstwürde willen - notwendig, auch gerade dort widerständiges Verhalten zu zeigen. Anlass für Widerstand am Arbeitsplatz müssen durchaus keine spektakulären Situationen sein. Hier geht es um ganz alltägliche, harmlose Zumutungen, Einschränkungen, Verbiegungen und um in Tabus verpackte strukturelle Gewalt gegenüber der Klientel aber auch gegenüber uns selbst und unserer Profession.

5.2.1 Auf Parteilichkeit bestehen

Widerstand am Arbeitsplatz ist z.B. das **Verweigern der allgemein üblichen und erwünschten Abwertung sozial benachteiligter Menschen und die deutliche Wertschätzung dieser Menschen.**

Es reicht nicht, gegenüber der Klientel parteilich und wertschätzend zu sein. Unsere parteiliche, wertschätzende Haltung sollten wir offensiv zeigen.

Wichtig ist ebenso, dass wir auch von unseren KooperationspartnerInnen verlangen, dass sie von unserer Klientel mit Respekt sprechen und sie wertschätzend behandeln (sei es, es handelt

sich um den Chef, das Team, den Geschäftsführer, die MitarbeiterInnen des Jugendamtes, des Jobcenters, der Schule etc..

5.2.2 Unzumutbare Zustände aufdecken und verweigern

Widerstand am Arbeitsplatz bedeutet auch: **fachlich nicht zumutbare Zustände und Herausforderungen offen aufzudecken und sich zu weigern, aktiv daran mitzuwirken.** Fachliche Zumutungen dürfen nicht einfach so hingenommen und geschluckt werden. Es ist z. B. widerständiges Verhalten, in solchen Fällen deutlich und klar zu einer Aufgabe Stellung zu beziehen und die ggf. Unzumutbarkeit oder die Unmöglichkeit unter den gegebenen Bedingungen klarzustellen und zu begründen.

Mit fachlichen Zumutungen meine ich hier z.B. unzureichende Zeitkontingente, mangelnde Kontinuität, Festschreibung der Methoden, Festlegung von Zielen. Das alles sind sowohl für uns als Professionelle massive Behinderungen, die unsere Fachlichkeit beschneiden oder torpedieren, als auch Zumutungen für unsere Klientel. Denn die werden so um die ihnen zustehende Hilfe und Unterstützung weitgehend betrogen.

Bei einem Auftrag, einer Aufgabe, die man für fachlich unsinnig oder kontraindiziert hält oder für deren Erfüllung die notwendigen Ressourcen fehlen, sollte man die Verantwortung von sich weisen und an die Vorgesetzten zurückgeben.

Dadurch werden wir Chefs oder GeschäftsführerInnen zwar nicht gleich zum Einlenken bewegen. Aber wir behalten selbst einen geraden Rücken und hinterlassen immerhin beim Gegenüber die Erkenntnis: da gibt es SozialarbeiterInnen, die finden sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht einfach ab.

Ein solcher Widerstand am Arbeitsplatz ist natürlich um vieles wirksamer, wenn das ganze Team mitmacht.

6 Grundüberlegungen für den Widerstand der Sozialen Arbeit

Ich möchte am Ende noch einmal meine wichtigsten Überlegungen und Hinweise für einen politischen Widerstand in der Sozialen Arbeit zusammenfassen:

6.1 Man braucht Mut und Solidarität

Ohne persönlichen Mut und die Bereitschaft, sich zu engagieren, auch Risiken einzugehen, auch persönliche Zeit und Kraft zu opfern, wird man nicht in der Lage sein, für Veränderungen zu kämpfen.

Des Weiteren ist all das nicht als Einzelunternehmen sinnvoll und überhaupt möglich. Sozialarbeitende brauchen dafür die Solidarität der Gleichgesinnten und den Schutz und die Unterstützung einer starken Interessenvertretung und Organisation.

6.2 Man sollte sich nicht auf kurzschrittige Ziele einlassen, ohne dass die Gesamtrichtung dabei klar wird

Nicht jeder widerständige Schritt kann und wird gleich große Veränderungen herbeiführen. Dennoch sind auch kleine Ziele wichtig und können die Lage der Klientel deutlich verbessern. Der zu geringe Lohn, die fehlende Zeit, der zu kleine Personalschlüssel, das sind

natürlich Themen, um die es gehen muss. Allerdings muss man von vorneherein ausschließen, dass es zum Schluss am anderen Ende fehlt oder man gegeneinander ausgespielt wird.

Kurzfristige Ziele dürfen vor allem aber nicht für sich alleine stehen.

Entscheidend ist, dass jeder noch so kleine Reformschritt und jede noch so bescheidene Forderung die großen Zielperspektiven direkt oder indirekt in sich bergen und unsere Forderungen das auch deutlich machen.

Deshalb ist es wichtig, mit kleinen Erfolgen oder Schritten nicht in dem Sinne zufrieden zu sein, dass man glaubt, nun sei alles wieder o.k. Es geht nicht an, dass wir uns auf halbem Wege mit der Politik arrangieren.

Unsere Reformbemühungen verkommen sonst zu Reförmchen, die als solche nichts an der Gesamtlage verändern werden. Es geht immer auch darum, auf diesem Wege die Grundsatzfrage aufzuwerfen.

Wir werden vielleicht damit die gegenwärtige Entwicklung nicht verhindern, aber wir werden sie öffentlich infrage stellen und damit eine Alternative in den Raum stellen. Wir brauchen Veränderungen im Kleinen, die auf die großen Ziele verweisen. Rosa Luxemburg spricht hier von revolutionärer Real-Politik. Es geht darum, dass der Knoten der Herrschaft nicht weiter festgezurrert wird.

Kleine und große Schritte sind nicht alternativ.

6.3 Man darf sich nicht der Illusion ergeben, man könne erfolgreich bei Politik und Verwaltung um Verständnis für sozialpädagogische Anliegen werben

Viele glauben, dass sie bessere Verhältnisse für ihre Arbeit durchsetzen können, wenn es ihnen gelingt, z.B. die Verwaltungsfachleute ausführlich zu informieren und aufzuklären über das, was Soziale Arbeit eigentlich ist und kann.

Solche Bemühungen sollen hier nicht schlecht geredet werden. Sie machen Sinn, wenn es darum geht, unmittelbare Erleichterungen zu sichern und erste Schritte in eine neue Richtung zu machen. Dabei können sie nicht mehr sein als das.

Viele KollegInnen glauben jedoch, Sie könnten die Strukturen verändern, die Verantwortlichen zur Einsicht bringen und die Politik von der Notwendigkeit bestimmter Forderungen überzeugen, wenn es nur gelänge, die eigenen Forderungen dort einzubringen, wo Politik gemacht wird. Dem zufolge wird versucht, eine Lobby aufzubauen in Richtung Politik, Verwaltung, Parteien, politische Arbeitskreise etc.

Der Ansatz der Politikberatung beruht auf dem Glauben, dass man, wenn man nur die richtigen Leute beraten könnte, so Einfluss auf das politische Geschehen und die politischen Entscheidungen zu bekommen und damit in der Lage wäre, die politische Entwicklung zu beeinflussen. Leicht wird übersehen,

dass hier politische und wirtschaftliche Interessen in Spiel sind. Außerdem muss man sich bei den VerfechterInnen einer Politikberatung fragen: Geht es hier nicht vor allem darum, politischen Einfluss zu bekommen, in der Politik mitzuspielen, also letztlich nur darum, mehr gesellschaftliche Anerkennung zu bekommen?

Eine große Gefahr ist es, dass Akteure bei dem Versuch, an das Verständnis der Politik und der Verwaltung zu appellieren, sich nur allzu leicht in den politisch relevanten Kreisen verirren, von ihnen vereinnahmt werden oder mit Anerkennung und Machtzuwachs gekauft werden können und damit – vielleicht ohne dass sie es merken - die Seite in der Auseinandersetzung zu wechseln.

Wenn also auch solche Bemühungen nicht eingebettet sind in einen umfassenderen Katalog mit Forderungen, die auch an die Wurzeln des Übels gehen, dann werden sie letztlich nur die Illusion nähren, wir hätten schon was erreicht und könnten eigentlich damit zufrieden sein. Es gibt grundsätzlich die Möglichkeit zu Verhandlungen. Sie haben aber da ihre Grenzen, wo das Gegenüber sich auf unsere Argumente nicht mehr einlässt und es dann auch keine Möglichkeit gibt, sie mit Druck durchzusetzen. Will man aber diesen Druck erzeugen, so braucht man zweierlei:

- Eine große, aktive, qualifizierte Gruppe von SozialarbeiterInnen aus Praxis und Wissenschaft, die gemeinsame Strategien entwickeln
- Die Bereitschaft und den Mut, der Tatsache ins Auge zu sehen, dass es sich hier um tatsächliche Interessenkonflikte handelt:
 - die einen wollen sparen und ein Menschenbild durchsetzen, das durch Entwertung und Exklusion die Ausbeutung der Menschen weiter erleichtert
 - wir wollen die Lebensbedingungen der Menschen verbessern und etwas tun gegen die massiven Kollateralschäden eines entfesselten Kapitalismus.

Tatsächlich sind die erforderlichen Veränderungen nicht ohne Kampf zu haben, nicht ohne Druck durchzusetzen und nicht ohne massive und offene Konflikte auf die Tagesordnung zu bekommen.

Wer davor zurückscheut, wird sich mit kleinen Reformen zufrieden geben und dazu beitragen, dass letztlich alles so weiter geht bzw. noch fester verankert wird, weil der Widerstand ausbleibt.

6.4 Man sollte nicht versuchen, mit der Sprache der BWL zu argumentieren

Wichtig ist es, sich des Gebrauches betriebswirtschaftlicher Begriffe zu enthalten, wenn damit fachlich Sachverhalte ausgedrückt werden sollen.

Es wäre vielmehr notwendig, auf der sozialpädagogischen Bedeutung unserer Begriffe zu bestehen und ihre Fremdübernahme offenzulegen. Man sollte nicht versuchen, mit der BWL Sprache zu argumentieren statt mit der eigenen Fachsprache und mit fachlichen Argumenten. Es wäre viel sinnvoller, die Finger offen in die Wunde legen und aufzeigen: fachlich sieht das ganz und gar anders aus als aus der BWL Sicht. Man muss die Unvereinbarkeit der sozialpädagogischen Fachsprache und ihrer Inhalte mit der Sprache des Marktes offen legen.

6.5 Fachliche Soziale Arbeit ist ein Politikum

Es ist heute schon ein politischer Widerstandsakt, für eine fachlich gute, nicht neosoziale Soziale Arbeit einzustehen.

Die Umstülpung der Sozialen Arbeit zu einem Marktgeschehen, macht aus ihr eine Dienstleistung, die die Aufgaben für ihre Klientel nur noch schlecht oder gar nicht erfüllen kann.

Haushaltspläne und Budgets können heute die subjektiven Ansprüche auf Hilfe einfach kanzeln und fachliche Begründungen und Entscheidungen infrage stellen.

Für die heutige Politik sind nicht die Kinder und Jugendlichen der Dreh und Angelpunkt der KJH, sondern einfach nur die kommunale Verwaltung.

Der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen, für die Anerkennung der fachlichen Autonomie der Sozialen Arbeit und für Beziehungsarbeit oder auch die Einbeziehung der gesellschaftlichen Hintergründe in die Arbeit sind deshalb nicht nur Forderungen im eigenen professionellen Interesse. Sie sind gleichzeitig auch ein Kampf dafür, dass unsere Klientel die Unterstützung bekommen kann, die sie braucht und die ihr z.T. sogar per Gesetz zusteht.

Ein weiteres Moment kritischer und widerständiger Sozialer Arbeit im Kontext der Fachlichkeit ist die Entwicklung einer „Vision“ Sozialer Arbeit. Dabei geht es nicht um die Entwicklung einer Utopie, die das dann auch bleiben soll, und die keine wirklichen Konsequenzen entfaltet.

6.6 Wir sollten nicht nur die Umverteilungs-Diskussion führen, sondern hier auch die Wertediskussion einbringen

Wenn wir für bestimmte Aufgaben, Bereiche, Maßnahmen mit gutem Grund mehr Geld fordern, dann steht bekanntlich sofort das Argument im Raum, dass wir in dieser Gesellschaft angeblich kein Geld haben. Hier kommt man nicht umhin, in seiner Argumentation von den leeren Kassen der Kommunen weg zur Frage der Umverteilung des Reichtum in dieser Gesellschaft zu kommen.

Klar gestellt werden muss ebenso, dass es darum geht, den gesamten Sozialen Bereich gesellschaftspolitisch und finanzpolitisch anders zu bewerten und die Ausgaben der Gesellschaft für diesen wichtigen Bereich den entstandenen und weiter neu entstehenden Problemlagen anzupassen. Diese sind schließlich zum großen Teil von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen eines entfesselten Kapitalismus (z.B. Schere zwischen arm und reich) selber produziert worden.

Es geht also auch um das: „Wir haben kein Geld *dafür und für die!!!*“

In die Umverteilungsdiskussion sollte auch die Frage nach der angeblich unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen einbeziehen. *Wofür wollen wir unser Geld ausgeben?*

Es geht dabei um Fragen der "Sozialen Ungleichheit als Ursache gesellschaftlicher und damit individueller Probleme“: Welchen Beitrag kann die Soziale Arbeit leisten, um ein öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, wo die gegenwärtige neoliberale und neoautoritäre Ideologie bereits steht.